

vPE WertpapierhandelsBank AG
München

Lagebericht und Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2013

LAGEBERICHT
DER VPE WERTPAPIERHANDELSBANK AG
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013

1. Grundlagen der Bank

Die vPE WertpapierhandelsBank AG ist ein global tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen i.S.v. § 1a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 KWG mit Spezialisierung auf den börslichen und außerbörslichen Handel von Finanzinstrumenten für private Anleger, professionelle Trader und Finanzinstitutionen. Die vPE Bank verfügt aktuell über die Erlaubnis zum Finanzkommissionsgeschäft, die Anlage-/Abschlussvermittlung, die Finanzportfolioverwaltung, die Drittstaateneinlagenvermittlung, die Vermittlung von Kapitalanlagen im Sinne von § 34f Abs. 1 Nr. 3 GewO sowie das Platzierungsgeschäft und die Anlageberatung.

Sitz der Gesellschaft ist München, von wo aus die Gesellschaft ihre Geschäftstätigkeit betreibt. Eine Repräsentanz wird in Berlin unterhalten. Darüber hinaus hat der Vorstand der vPE Bank beschlossen, in Österreich eine zusätzliche Zweigniederlassung zu errichten. Diese war im abgelaufenen Geschäftsjahr noch nicht operativ tätig.

1.1. Geschäftsmodell

Die wesentlichen Geschäftsaktivitäten der vPE WertpapierhandelsBank AG sind

- die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten oder deren Nachweis (Anlagevermittlung);
- die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im fremden Namen für fremde Rechnung (Abschlussvermittlung);
- die Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum (Finanzportfolioverwaltung);
- die Anschaffung u. die Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung (Finanzkommissionsgeschäft)
- die Vermittlung von Einlagengeschäften mit Unternehmen mit Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaateneinlagenvermittlung);
- die Vermittlung von Kapitalanlagen im Sinne von § 34f Abs. 1 Nr. 3 GewO;
- die Beratung bei der Anlage in Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder Derivaten nach § 2 Abs. 3a Nr. 3 WpHG (Anlageberatung);
- das Platzierungsgeschäft.

1.2. Ziel und Strategie

Die vPE Bank ist einerseits bestrebt, die von ihr besetzten Geschäftsfelder ganzheitlich und nachhaltig zu bearbeiten, um sowohl den Qualitätsansprüchen ihrer Bestandskunden als auch den eigenen Ansprüchen vollumfassend gerecht zu werden. Damit soll gewährleistet werden, dass der Geschäftsbetrieb langfristig bestehen kann, weiter ausgebaut und damit die Unternehmensexistenz sicher gestellt ist. Andererseits hat die Bank auch ein großes Interesse daran, fortlaufend neue Kunden zu gewinnen und die Kundenbindung insgesamt zu erhöhen. Die geschäftlichen Schwerpunkte liegen derzeit in der Beratung, Vermittlung sowie dem Vertrieb von Finanzinstrumenten in den oben genannten Teilbereichen. Die Bereiche Einlagen-, Kredit- und Depotgeschäft dürfen aktuell noch nicht angeboten werden.

Die Vermeidung existenzgefährdender Risiken hat bei jeder Eingehung von Geschäften immer Vorrang vor Ertragsgesichtspunkten.

Angestrebt wird ein gleichmäßiges, gesundes u. nachhaltiges Volumens- u. Ertragswachstum in den Hauptbetätigungsfeldern Finanzkommissionsgeschäft, Anlagevermittlung, Abschlussvermittlung sowie Finanzportfolioverwaltung.

Im Kundenanbahnungsprozess (Vertrieb) bedient sich die vPE Bank einer Reihe externer sog. vertraglich gebundener Vermittler (kurz: vgV).

Zur Erreichung unserer Wachstumsziele soll die Zahl der derzeit vertraglich gebundenen Vermittler (per 31.12.2013 St. 40) kontinuierlich erhöht werden. Bis zum Jahr 2016 plant die Bank den Vermittlerbestand stetig (bis zu 10 % p.a.) durch **fachlich geeignete und persönlich zuverlässige** vgVs aufzustocken. Dies ist ein sehr ambitioniertes Ziel, da jeder Vermittler unbedingt beide Attribute in sich vereinen muss, denn in diesem Markt ist die Regulierung der Tätigkeit aufsichtsrechtlich sehr stark reglementiert. Auch deshalb agiert die vPE Bank mit ihrem aktuellen Geschäftsmodell quasi als Nischenanbieter, bei relativ geringer Konkurrenz, am Markt in Deutschland.

Nach intensiver Vorbereitung und Planung in 2011 hat die vPE WertpapierhandelsBank AG Anfang Januar 2012 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht den Antrag auf Erlaubniserweiterung für das Kredit-, Einlagen- und Depotgeschäft gestellt. Dieser Schritt soll nicht nur mehr Wachstum und Ertrag für die Gesellschaft bringen, sondern auch mehr Unabhängigkeit und Flexibilität. Denn die Finanz- und Bankenkrise hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, dass die vPE WertpapierhandelsBank zum Wohl ihrer Kunden ihre Abhängigkeit von anderen Banken und Brokern reduzieren muss und deswegen selbst über alle Lizenzen verfügen sollte, die für unser Geschäftsmodell erforderlich sind.

1.3. Steuerungssystem

Da der Vertrieb der Wertpapierdienstleistungen für die vPE Bank hauptsächlich über vgVs erfolgt, ist auch die Steuerung und Überwachung der Tätigkeit der vgVs ein wesentlicher Teil des Risikomanagementsystems und der Wahrnehmung der Verantwortung nach § 33 Abs. 1 WpHG. Dabei werden die nachfolgend kurz beschriebenen Maßnahmen laufend hinsichtlich der Wirksamkeit und Angemessenheit zur systematischen und nachhaltigen Kontrolle eines vgVs überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die technischen Ressourcen entsprechen der Anzahl der vgVs und der Anzahl der Kunden. Die vPE Bank ist grundsätzlich Urheber der Geschäftsbeziehung und damit eigenverantwortlich hinsichtlich der Auswahl der Produkte, Dienstleistungen, der vgVs und der Kunden. Sie verfügt über eine angemessene Risikostrategie, um den besonderen Risiken der Tätigkeit über einen vgV gerecht zu werden. Die Risikostrategie ist vorrangig darauf ausgerichtet, durch den Auswahlprozess hinsichtlich geeigneter vgVs, Wertpapierdienstleistungen und Produkte sowie durch Anweisungen und Kontrollen – auch mit eigener systemischer Unterstützung (vPE Portal) – Risiken zu vermeiden und Fehlverhalten der vgVs frühzeitig aufzuzeigen.

In diesem Zusammenhang kommt dem Compliance-Beauftragten neben der Einbindung der Geschäftsleitung in wesentliche Entscheidungen (z.B. Anbindung vgV) eine zentrale Bedeutung für die angemessene, funktionsfähige Organisation zu, welchem durch seine fachliche Eignung und durch seine Stellung im Unternehmen zur Wahrung seiner funktionalen Unabhängigkeit und Autorität Rechnung getragen wird.

Um zu gewährleisten, dass die Durchführung der Dienstleistung durch den vgV den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht, hat die vPE Bank Maßnahmen und Kontrollen erarbeitet, die vom dem für den Vertrieb zuständigen Vorstandsmitglied der Bank bzw. vom Compliance-Beauftragten abgearbeitet werden. In den internen Organisationsrichtlinien der Bank sind die speziellen Maßnahmen explizit beschrieben. Das Interne Überwachungssystem besteht in seiner Gesamtheit aus dem internen Kontrollsystem, der Compliance-Stelle sowie der Internen Revision.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamts hat das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 um 0,4 % zugenommen. Die gesamtwirtschaftliche Leistung stieg damit wie im Vorjahr (0,7 %) erneut nur relativ schwach an. Die wesentlichen Gründe hierfür waren fehlende Impulse von der Auslandsnachfrage im Zusammenhang mit den noch andauernden Anpassungsprozessen im Euroraum sowie das verhaltene Wachstum in anderen wichtigen Industrie- und Schwellenländern. Die Zahl der Beschäftigten im Inland erhöhte sich dennoch per Ende November 2013 um 0,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse erhöhte sich im gleichen Zeitraum sogar um 1,2 %. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 6,9 %. Die Jahresteuerrate schwächte sich im Jahresvergleich von 2 % im Vorjahr auf 1,5 % ab.

Hinsichtlich der Entwicklung der vPE WertpapierhandelsBank AG ist anzumerken, dass die beantragte Erlaubniserweiterung – aus Gründen, die nicht im Einflussbereich der vPE WertpapierhandelsBank AG lagen – in 2013 noch nicht erfolgt ist. Mit der Erlaubnis wird jetzt im II. spätestens im III. Quartal 2014 gerechnet. Bedingt durch diese Verzögerung waren auch die geplanten Investitionen in 2013 nicht erforderlich. Dadurch konnte die vPE WertpapierhandelsBank AG, entgegen der vorherigen Prognose, das abgelaufene Geschäftsjahr positiv abschließen.

Branchenentwicklung

Trotz deutlicher Belegung des deutschen Aktienindexes im 2. Halbjahr 2013 verharrten die Börsenumsätze bis September 2013 auf einem eher niedrigen Niveau. Für die Wertpapierhändler in Deutschland blieb das Umfeld durchwachsen. Dies war zum einen in der Syrienkrise und zum anderen in dem schwelenden Haushaltsstreit in den USA begründet, was die Umsätze drückte. Ab Oktober setzte dann eine DAX-Rekordjagd ein. Anzeichen sprechen dafür, dass die Stimmung an den Aktienmärkten positiv bleibt, zumal die klassische Aktie für den Werterhalt mangels Alternativen immer mehr an Bedeutung gewinnen sollte.

Das regulatorische Umfeld der Banken wurde weiter verschärft, was die Bankenbranche insgesamt zu weiteren Anstrengungen in diesem Bereich zwingt.

2.2. *Geschäftsverlauf*

Das Geschäftsjahr 2013 war von folgenden Ereignissen und Einflussfaktoren geprägt:

- Erlaubisantrag auf Erweiterung der bestehenden Erlaubnis nach § 32 KWG für die nachfolgend aufgeführten Bankgeschäfte:
 - Einlagengeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 1 KWG
 - Kreditgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 KWG
 - Depotgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 5 KWG
- Investorenauswahl und die geplante Kapitalerhöhung der Gesellschaft um TEUR 5.000
- Weitere Vorbereitungen zur Erstellung der Infrastruktur einer Bank entsprechend der beantragten Erweiterung der Geschäftstätigkeit
- Gründung Zweigniederlassung in Wien, Österreich
- Positives Börsenumfeld
- Solider Kundenzuwachs
- Vorstands- und Aufsichtsratsbeschluss zu einer außerordentlichen Hauptversammlung zwecks Kapitalerhöhungsbeschluss

2.3. *Vermögens- Finanz- und Ertragslage*

2.3.1. *Ertragslage*

Vor dem Hintergrund der dargestellten Einflussfaktoren stiegen die Provisionserträge von TEUR 6.821 um TEUR 1.239 bzw. 18,16 % auf TEUR 8.060.

Die Provisionsaufwendungen erhöhten sich von TEUR 5.256 um TEUR 1.018 bzw. 19,36 % auf TEUR 6.274.

Damit verbesserte sich der Provisionsüberschuss von TEUR 1.565 auf TEUR 1.786, was einem Zuwachs von TEUR 221 bzw. 14,12 % entspricht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf TEUR 70,9. Diese sind um TEUR 113 geringer als im Vorjahr. Der Rückgang ist hauptsächlich dem Wegfall der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen geschuldet. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren um TEUR 11,3 geringer als im Vorjahr. Dieser Bereich ist hauptsächlich geprägt vom starken Rückgang der Position Prozesskosten.

Die Provisionserträge und -aufwendungen im Einzelnen nach Geschäftsfeldern:

Im Geschäftsfeld Anlage- und Abschlussvermittlung, bei dem die Gesellschaft mit über § 2 Abs. 10 KWG vertraglich gebundenen Vermittlern (vgV) zusammenarbeitet, kam es zu einer deutlichen Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Die Provisionserträge wuchsen stark von TEUR 3.560 um TEUR 1.280 bzw. 35,99 % auf TEUR 4.842. Das Provisionsergebnis belief sich auf TEUR 1.034 und somit um TEUR 335 bzw. 47,93 % besser als in 2012. Die positive Börsenentwicklung in 2013 und eine verbesserte Betreuung der angebotenen Vermittler zeichnen sich hierfür verantwortlich.

Beim Geschäftsfeld Online-Trading/Derivate-Handel im Rahmen der Anlage- und Abschlussvermittlung lagen die Provisionserträge bei TEUR 27 gegenüber TEUR 32 im Vorjahr. Das Provisionsergebnis betrug TEUR 4.

Im Bereich Vermögensverwaltung mit Aktien und Fonds waren die Provisionserträge mit TEUR 172 nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr. Das Provisionsergebnis betrug TEUR 140. In diesem Geschäftsbereich ist die vPE Bank in 2013 nur geringfügig in der Neukundengewinnung tätig gewesen.

Der Geschäftsbereich Asset Management blieb auch in 2013 hinter unseren Erwartungen zurück. Die Provisionserträge gingen von TEUR 619 um TEUR 59 bzw. 9,53 % auf TEUR 560 zurück. Der Provisionsüberschuss betrug TEUR 68. Hier arbeiten wir mit ehemaligen Mitarbeitern von US-Brokern und deutschen Banken im Rahmen von Haftungsübernahmen zusammen und betreuen wohlhabende Privatkunden und institutionelle Investoren.

Im Rahmen des Finanzkommissionsgeschäftes bietet die Gesellschaft ihren Kunden den Forex-/Devisenhandel und den Handel mit CFDs an. Während in 2012 vorrangig Forex-Geschäfte seitens der Anleger getätigt wurden und nur wenige CFD-Transaktionen, veränderte sich das Bild in 2013 zu Gunsten des CFD-Handels. So konnten die Ertragseinbußen im Forexbereich durch deutlich höhere Einnahmen bei CFDs kompensiert werden. Die Provisionserträge verbesserten sich minimal von TEUR 2.414 auf TEUR 2.454. Das ist ein Zuwachs von TEUR 41 bzw. 1,70 %. Die Provisionsaufwendungen lagen bei TEUR 1.879. Entsprechend betrug der Provisionsüberschuss TEUR 575.

Die Verwaltungsaufwendungen verringerten sich von TEUR 1.620 um TEUR 49 oder 3,02 % auf TEUR 1.571, insbesondere im Zusammenhang mit niedrigeren Kosten für die vorbereitenden Maßnahmen zur Erweiterung der KWG-rechtlichen Erlaubnis.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter stiegen um TEUR 69 bzw. 10,31 % auf TEUR 742. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung betragen TEUR 31; ein Rückgang um TEUR 11.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf TEUR 798 und verzeichneten somit einen Rückgang von TEUR 108 oder 11,92 % gegenüber TEUR 906 im Jahr 2012.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Die Aufwendungen für Büromiete erhöhten sich um TEUR 7 auf TEUR 141 auf Grund der jährlichen Mietsteigerung.

Weitere notwendige Verwaltungsaufwendungen wie Buchführung, IT/EDV-Wartung, Internet, Porto, Beiträge, Bewirtung, Bürounterhalt, Telefon, Fax, Börsengebühren, Versicherungen, Aufsichtsratsvergütungen etc. waren mit TEUR 456 um TEUR 18 oder 3,80 % niedriger als im Vorjahr. Der Plan des Managements, diese Kosten ungefähr auf Vorjahresniveau zu halten bzw. leicht zu senken, wurde somit erfolgreich umgesetzt.

Abschluss- und Prüfungskosten der vPE waren mit TEUR 158 um TEUR 16 bzw. 11,60 % höher als im Vorjahr. Der Grund hierfür ist die Auslagerung der Internen Revision an die BTG (KPMG-Gruppe), die in 2013 voll zur Geltung kam.

Die Rechts- und Beratungskosten fielen sehr deutlich von TEUR 156 um TEUR 113 auf TEUR 43. Die hohen Kosten in 2012 für das laufende Banklizenzen genehmigungsverfahren waren einmaliger Natur und somit in 2013 nicht existent.

Die Prozesskosten hatten in 2013 nur einen geringen Einfluss auf das Geschäftsjahr. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen, beliefen sie sich auf TEUR 67, was einem Rückgang von TEUR 158 entspricht.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2013 lagen bei TEUR 30 und damit um TEUR 17 niedriger. Für die Webseite sind hier TEUR 6 und für Büromöbel TEUR 17 enthalten.

Die vPE Bank beendete das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 96 gegenüber einem Vorjahresverlust von TEUR 87.

2.3.2. Finanz- u. Liquiditätslage

Kapitalflussrechnung

Die nachfolgend dargestellte Kapitalflussrechnung (kurz: KFR) ist aus der Bilanz sowie der Gewinn- u. Verlustrechnung abgeleitet. Die KFR erklärt die Veränderung des Finanzmittelfonds, bestehend aus den vorgehaltenen liquiden Mitteln der vPE Bank. Die einzelnen Zahlungsströme wurden indirekt ermittelt aus der Veränderung der Bilanzposten, bereinigt um die zahlungsunwirksamen Posten. Die Zahlungsströme wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit, der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

	2013	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Periodenergebnis (Jahresgewinn/-verlust)	+ 96	- 87
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 30	+ 47
Entwicklung der Rückstellungen	+ 67	- 164
Abnahme der Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 521	+ 189
Abnahme der Verbindlichkeiten	+ 236	- 57
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	- 92	- 72
Einzahlungen aus Veräußerung von Sachanlagevermögen	0	0
Auszahlung für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 19	- 27
Auszahlung für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 19	- 27
Einzahlungen von Anteilseignern	0	0
Auszahlungen an Anteilseigner	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	- 111	- 99
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	590	689
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	479	590

Zugesagte, jedoch nicht ausgenutzte Kreditlinien haben zum Bilanzstichtag nicht bestanden.

Das Grundkapital der vPE Bank betrug zum Bilanzstichtag nach wie vor EUR 767.500,00. Es war eingeteilt in 767.500 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von je EUR 1,00.

Mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger im Dezember 2013 wurde die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung bekannt gemacht, in der über eine Barkapitalerhöhung um EUR 327.500,00 durch Ausgabe von 327.500 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von je EUR 1,00 Beschluss gefasst werden sollte. Die neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2013 gewinnberechtigt. Ein Bezugsrecht für Altaktionäre sollte ausgeschlossen werden. Die hierfür einberufene außerordentliche Hauptversammlung fand am 04.02.2014 statt und hat mit 99,71 % dem Beschlussvorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat zugestimmt. Damit soll das Grundkapital von EUR 767.500,00 auf EUR 1.095.000,00 erhöht werden.

2.3.3. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag geprägt von Forderungen an Kreditinstitute über TEUR 491 (entsprechen 10,80 % der Bilanzsumme), die ganz überwiegend auf liquide Mittel in Form von Kontokorrent- und Sparguthaben entfallen, sowie von Forderungen an Kunden über TEUR 928 (entsprechen 20,42 % der Bilanzsumme) aufgrund von Provisionsforderungen und Sicherheitsleistungen. Treuhandforderungen bestehen in Höhe von TEUR 2.983 (entsprechen 65,63 % der Bilanzsumme).

Die Passivseite der Bilanz ist geprägt von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden über TEUR 425 (entsprechend 9,35 % der Bilanzsumme), überwiegend aus noch abzuführenden Provisionen, Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.983 (entsprechend 65,63 % der Bilanzsumme), Rückstellungen über TEUR 168 (entsprechend 3,70 % der Bilanzsumme), davon TEUR 16 für Prozesskosten, und dem Eigenkapital in Höhe von TEUR 923 (entsprechend 20,33 % der Bilanzsumme).

Die dargelegte Ertrags-/Vermögens- und Finanzlage der vPE Bank ist als zufriedenstellend zu bezeichnen.

2.3.4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Auf Basis unseres aktuellen Geschäftsmodells werden nachfolgende finanzielle Leistungsindikatoren zur Steuerung unserer Bank herangezogen und monatlich (Liquidität täglich) ausgewertet und analysiert:

- haftendes Eigenkapital
- Liquidität
- Provisionsergebnis

Das haftende Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem eingezahlten Kapital zzgl. Kapitalrücklagen sowie gesetzlicher Rücklagen abzgl. des Bilanzverlustes sowie der immateriellen Vermögensgegenstände (nach KWG).

Die Liquidität ergibt sich aus der Subtraktion sämtlicher Verbindlichkeiten (Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen / Sonstige Verbindlichkeiten / Rückstellungen) von dem Gesamtbestand der bestehenden Forderungen (Kasse / Forderungen an Kreditinstitute / Forderungen an Kunden/sonstige Vermögensgegenstände).

Das Provisionsergebnis ermittelt sich aus den Provisionserträgen abzüglich der Provisionsaufwendungen.

Daneben spielen auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren im Zuge der Banksteuerung für die vPE WertpapierhandelsBank AG eine wichtige Rolle. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um nachfolgende wesentliche Indikatoren:

- vertraglich gebundene Vermittler
- Compliancekonformität
- Kundenzufriedenheit

Die fachliche Eignung sowie die persönliche Zuverlässigkeit der vgVs ist für uns von extremer Bedeutung, da wir darin das Hauptpotenzial sehen, um die geplanten Wachstumsziele zu erreichen.

Damit die mit den vgVs getroffenen Vereinbarungen vollständig eingehalten und umgesetzt werden, erfolgen hausinterne Prüfungsszenarien sowie Vor-Ort-Prüfungen durch den Compliancebeauftragten, der die Vorgaben der MaComp / MaRisk umsetzt.

Beides zusammen soll dazu beitragen, dass die Kunden der vPE WertpapierhandelsBank AG gut betreut und bedarfsgerecht beraten werden, um ihre Anlageziele bestmöglich zu erreichen.

2.3.5. Gesamtaussage

Die Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage der Bank ist geordnet.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich wie folgt ereignet.

Ein Aktionär, der im Besitz von Stück 1.000 Aktien ist, hat am 04.03.2014 Anfechtungs- u. Nichtigkeitsklage (gem. §§ 241 ff. AktG) gegen den Beschluss der Hauptversammlung vom 04.02.2014 über die Barkapitalerhöhung beim Landgericht München I Kammer für Handels-sachen fristgerecht eingereicht. Die Bank hat daraufhin Klageerwiderung eingereicht. Am 03.05.2014 wurde die Anfechtungs- u. Nichtigkeitsklage durch den Aktionär zurückgenommen.

4. Prognose-, Chancen- und Risikoberichte

4.1. Prognosebericht

ALLGEMEINER AUSBLICK 2014

- aufgrund der nach wie vor sehr niedrigen Zinsen setzt die vPE Bank weiterhin auf das Geschäft mit Fremdwährungen (FOREX), Aktien und Optionen
- mit Erhalt der Vollbanklizenz kann das Angebot an unsere Kunden um das Einlagen-, Depot- sowie das Kreditgeschäft erweitert werden
- damit einhergehend sind höhere Erträge aus dem Zinsgeschäft sowie dem Depotgeschäft möglich
- damit einhergehend sind aber auch Neuinvestitionen in EDV und Personal erforderlich

Prognose 2014 hinsichtlich bedeutender a) finanzieller und b) nichtfinanzieller Leistungsindikatoren

zu a)

- mit Erhalt der Vollbanklizenz wird das haftende Eigenkapital um 5 Mio. EUR erhöht
- die komfortable Liquiditätslage versuchen wir durchgehend beizubehalten
- das Provisionsergebnis sollte parallel zum Anstieg der vgVs entsprechend wachsen, was allerdings auch von der Konjunktur und den Märkten abhängt

zu b)

- Ein steter Zuwachs beim Bestand an vgVs in Höhe von 10 % p.a. wird angestrebt. Aufgrund der von der vPE Bank an einen künftigen vgV gestellten Anforderungen an seine persönliche Zuverlässigkeit und fachliche Eignung, kann es auch zu Unterschreitungen der geplanten Zuwächse kommen.
- Die beantragte Vollbanklizenz bringt die Möglichkeit eines erweiterten Produktangebotes mit sich. Damit können wir unseren Kunden vollumfänglichere Dienstleistungen anbieten, womit eine höhere Kundenzufriedenheit einhergehen sollte.
- Dass die Einführung neuer Produkte sowie der sonstigen Abläufe innerhalb der Bank compliancekonform erfolgt, wird durch den Compliance-Officer überwacht. Die Compliancestelle ist Teil des internen Kontrollsystems und dient somit auch zur Qualitätssicherung.

Konjunktur

Für die Wirtschaft vieler Industrieländer war 2013 ein gutes Jahr. 2014 könnte es noch besser kommen. Haupttreiber der positiven Prognosen sind die USA. Sie setzen gleichzeitig den Rahmen für die Kapitalmarktzensentwicklung – mit langfristigen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Erwartungen für Deutschland

Wichtigste Stütze des Wachstums der BRD ist nach wie vor der private Konsum, der die robuste Entwicklung der letzten Jahre fortsetzt.

Einblicke

Bankenunion, US-Wirtschaft, die Entwicklung in den Schwellenländern und die bestimmenden geopolitischen Trends – vier mögliche PERSPEKTIVEN die nachfolgend über den Bereich der privaten Geldanlage hinaus betrachtet werden.

Die Schaffung einer europäischen **Bankenunion** sollte nach Ansicht der Politik einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage innerhalb der europäischen Union bewirken. Sie soll das Vertrauen in die europäischen Kreditinstitute und ihre Fähigkeit, einen Aufschwung in Europa mit Krediten zu finanzieren, wiederherstellen.

Für 2014 plant die Politik einen solchen Schritt. Zentraler Bestandteil einer Bankenunion ist, neben der gemeinsamen Regulierung und Aufsicht, eine Agentur zur Restrukturierung von Banken. Prinzipiell sollen künftig Aktionäre und Gläubiger haften, wenn Banken finanzielle Probleme haben. Trotzdem müsste die Restrukturierungsagentur über einen Fonds verfügen, der zusätzlich Mittel für eine Bankenrettung bereitstellen kann.

In Nordeuropa fürchten nun viele Sparer und Steuerzahler, für versteckte Verluste von Banken aus anderen Ländern haften zu müssen.

Die **US-Wirtschaft** dürfte 2014 wieder an Fahrt aufnehmen, das Bruttoinlandsprodukt sollte wieder moderat wachsen. Durch niedrigere Ölpreise könnte eine Zunahme der Verbraucherausgaben erfolgen. Auch eine Verbesserung des Konsumklimas sowie eine Zunahme des Konsumentenkreditgeschäfts dürften den Verbrauch stützen. Darüber hinaus sollte auch der Wohnimmobilienmarkt 2014 ein wichtiger Wachstumstreiber sein. Auch wenn die geldpolitischen Entscheidungsträger befürchten, dass höhere Hypothekenzinsen die Erholung am Wohnimmobilienmarkt dämpfen könnten, liegt die Erschwinglichkeit von Wohneigentum weiterhin deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Die amerikanische Notenbank (Federal Reserve) dürfte 2014 mit dem schrittweisen Ausstieg aus ihrer außerordentlich expansiven Geldpolitik beginnen. Diesem Prozess sollte ein Anstieg der Zinsen für langlaufende Anleihen folgen. Eine Anhebung des Leitzinses ist damit nicht zwangsläufig verbunden. In Sachen Haushaltspolitik stehen im I. Quartal 2014 neue Verhandlungen über die Schuldenobergrenze an, nachdem Demokraten und Republikaner im Herbst eine Übergangsstrategie vereinbart hatten. Im Ergebnis sollte es zu einer längerfristigen politischen Lösung kommen.

In Anbetracht des stärkeren Wirtschaftswachstums in den USA und Europa könnte auch in den **Schwellenmärkten** das frühere Wachstumsniveau wieder erreicht oder sogar übertroffen werden. Das Exportgeschäft, das etwa zwei Jahre lang stagnierte, dürfte dabei der wichtigste Wachstumstreiber sein. Im Zuge des weltweiten Konjunkturaufschwungs rechnen wir mit einer leichten Zunahme des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Schwellenländer.

Zwei Regionen werden **geopolitisch** die Welt auch 2014 in Atem halten: der Nahe und Mittlere Osten sowie Ostasien. In beiden werden die USA und, in geringerem Maße, Europa ihre Fähigkeit zum Krisen- und Konfliktmanagement beweisen müssen. Die Europäische Union wird angesichts anhaltend schwieriger Reformprozesse und der Wahlen zum Europäischen Parlament weitgehend mit sich selbst beschäftigt sein, sich den Turbulenzen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft allerdings nicht entziehen können. Für die USA steht ein Jahr aktiver Außenpolitik bevor: Washington muss in Europa und Lateinamerika Vertrauen wieder aufbauen, das durch die NSA-Abhöraktionen beschädigt wurde, im Nahen und Mittleren Osten Präsenz und diplomatisches Engagement zeigen und Partner wie Konkurrenten in Asien überzeugen, dass amerikanische Sicherheitsgarantien gültig bleiben. Darüber hinaus hat sich die Lage in der Ukraine (Krim-Krise) erheblich verschärft, was mit zusätzlichen diplomatischen Spannungen zu Russland verbunden ist und den festen Zusammenhalt von EU und den USA bzw. der westlichen Staatengemeinschaft zwingend erfordert.

Aktien

Von allen Anlageklassen dürften Aktien 2014 die größten Entwicklungsmöglichkeiten bieten – dank einer Kombination aus Kursgewinnen und Dividendenerträgen. Kerninvestments sind voraussichtlich Unternehmen aus den USA. Für positive Überraschungen könnte aber auch der deutsche Aktienmarkt sorgen.

Flexibilität bleibt oberstes Gebot

Renten

Durch das niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten waren die Bedingungen für Anleihekäufer 2013 nicht ideal. Einen ruhigen Hafen werden Rentenanleger auch 2014 vermutlich nicht ansteuern können. Nur ein flexibles Risikomanagement könnte Chancen auf positive Realrenditen eröffnen.

Immobilien

Das gute konjunkturelle Umfeld und niedrige Zinsen eröffnen Immobilienanlegern 2014 neue Investmentoptionen. Europa zählt zu den aussichtsreichen Märkten. Dabei erscheinen Top-Immobilien in Spitzenlagen für Anleger weiterhin interessant.

Gute Konjunkturaussichten, niedrige Zinsen – das aktuelle Umfeld für die internationalen Immobilienmärkte ist insgesamt positiv und dürfte es voraussichtlich auf absehbare Zeit auch bleiben. Renditepotenzial liegt für die kommenden Jahre vor allem im Segment der Büroimmobilien. Allerdings zeigen sich die globalen Märkte uneinheitlich. Attraktiv für Anleger erscheinen die USA sowie ausgewählte Standorte im asiatisch-pazifischen Raum und in Europa.

Rohstoffe

Als Anlageklasse dürften Rohstoffe im Jahr 2014 auch weiterhin eher geringes Potenzial bieten. Dies gilt für Energierohstoffe wie Erdöl ebenso wie für Industriemetalle. Zudem könnte der Preis der Krisenwährung Gold im Zuge steigender Kapitalmarktzinsen Gegenwind bekommen.

4.2. Risikobericht

4.2.1. Risikomanagementsystem

Das Risiko-Controlling hat die Aufgabe, die Risiko-Inventur regelmäßig zu aktualisieren, die Einzelrisiken zu bewerten, das Risikotragfähigkeitskonzept zu erstellen und zu pflegen sowie die Entwicklung der Geschäftsrisiken zu überwachen.

Die Ergebnisse der Risiko-Überwachung sind im Rahmen des Reporting (Management-informationssystem) regelmäßig dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme und Beratung vorzulegen.

Das Interne Überwachungssystem besteht aus dem internen Kontrollsystem (Risiko-Controlling), einer Compliance-Stelle sowie einer Internen Revision.

Internes Kontrollsystem

Das Interne Kontrollsystem besteht nach § 25a KWG Abs. 1 Satz 4 Buchstabe a) und b) KWG aus:

Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation mit klarer Abgrenzung der Verantwortungsbereiche, Prozessen zur Identifizierung sowie Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken.

Compliance-Stelle

Der Compliance-Officer ist ein Mitarbeiter, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung sowie der gesetzlichen Vorgaben, gegenüber allen Bereichen innerhalb der Bank weisungsungebunden ist. Er hat uneingeschränktes Auskunfts-, Zugangs- und Einsichtsrecht in Bezug auf die Tätigkeit als Compliance-Stelle. Dieses Recht gilt auch gegenüber Dritten. Der Compliance-Officer hat seine Tätigkeit sowohl der internen als auch und externen Revision gegenüber zu Prüfungszwecke offenzulegen und prüffähig zu dokumentieren.

Interne Revision

Die Interne Revision ist auf die BTG (KPMG-Gruppe) ausgelagert. Der Vorstand der vPE Bank hat einen internen Revisionsbeauftragten benannt. Die BTG hat zusammen mit dem Revisionsbeauftragten einen Revisionsplan erstellt. Die Interne Revision wird nach diesem Revisionsplan durch die BTG durchgeführt. Der Interne Revisionsbericht wird dem Aufsichtsrat jährlich vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat darüber hinaus grundsätzlich ein direktes Auskunftsrecht gegenüber der Internen Revision.

Ziel

Ziel des Risikomanagements ist es, die eigenen Risiken zu identifizieren, zu kennen und so gut wie möglich zu beherrschen. Zur Erreichung dieses Ziels hat die vPE Bank Risikofrüherkennungsindikatoren definiert, anhand derer eventuelle Fehlentwicklungen frühzeitig festgestellt werden können. Diese sind im Organisationshandbuch der Bank beschrieben.

4.2.2. Risiken

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft als solches, das schwerpunktmäßig die Finanzdienstleistung in volatileren Kapitalanlagen und die Zusammenarbeit mit Finanzvermittlern vorsieht, ist, wie bereits die Vergangenheit gezeigt hat, mit erheblichen strategischen Risiken verbunden. Diese konkretisieren sich in einer Veränderung der Rechtsnormen in Form von neuen oder geänderten Gesetzen oder aber auch einer anderen Anwendung bestehender Normen durch die Rechtsprechung oder Aufsicht. Auch der Wegfall von umsatzstarken Finanzvermittlern (vgVs) kann erheblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung haben.

Im Hinblick auf diese strategischen Risiken werden von der Geschäftsleitung laufend Möglichkeiten zur Veränderung des Geschäftsmodells bis hin zur Beantragung weiterer Erlaubnisbereiche analysiert. Im Zuge dessen besitzt die Gesellschaft in Amerika auch die Mitgliedschaft bei der Finanzmarktaufsicht FINRA (Financial Industry Regulatory Authority), um ein größtmögliches Maß an Flexibilität für ihr Dienstleistungsangebot an den amerikanischen Aktienmärkten zu haben. Des Weiteren wurde, wie unter 1.2 dargestellt, ein Antrag auf Erlaubniserweiterung für das Kredit-, Einlagen- und Depotgeschäft gestellt.

Auch das Geschäftsfeld Finanzkommissionsgeschäft (Bankgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG) zielt darauf ab, strategische Risiken zu mindern. In dieser Kombination hat sich die vPE WertpapierhandelsBank AG eine besondere Position in Deutschland verschafft. Die breite Angebotspalette, die intensive Betreuung und die innovative IT-Anbindung für die Finanzvermittler sind eine solide Basis, um bestehende umsatzstarke und somit bedeutende Geschäftsverbindungen zu halten. Kommt es dennoch zur Beendigung einer umsatzstarken Partnerschaft, ist die Gesellschaft in der Lage, wie auch in der Vergangenheit bewiesen, diese durch die Gewinnung von neuen Finanzvermittlern zu kompensieren.

Der Umgang mit Marktpreisrisiken ist die zentrale Kompetenz der vPE WertpapierhandelsBank AG. Marktpreisrisiken wirken insbesondere auf die von der Gesellschaft als Finanzportfolioverwalter oder in der Anlageberatung betreuten Vermögen. Mittelbar können sich daraus aber auch Ergebnisrisiken für die vPE WertpapierhandelsBank AG ergeben, z.B. aufgrund einer performancebedingten Volumenreduzierung oder eines Abzugs der Vermögen oder auch nur durch einen Wegfall der Gewinnbeteiligungsvergütungen. Von Bedeutung sind auch Währungsrisiken aus dem US-Dollar. Diese wirken unmittelbar auf den Provisionsanspruch aus in die USA vermittelten Brokerumsätzen als auch auf Performanceansprüche auf in US-Dollar geführte Vermögen der Kunden. Die Gesellschaft versucht, diese Risiken durch einen zeitnahen Umtausch von verdienten Provisionen in Euro zu begrenzen. In 2013 waren die Bewegungen des US-Dollar ohne größeren Einfluss für die Gesellschaft.

Der Umfang der Bereitschaft zur Risikoinkaufnahme bei den Marktpreisrisiken spiegelt sich in den von uns angebotenen Risikostrategien wider. Wir unterteilen dabei in 7 Risikoklassen für unsere Kunden: Diese gehen von sicherheitsbezogen bis zu hoch spekulativen Investments und beginnen bei Investmentfonds und enden bei Futures, FOREX und Optionen. Entscheidend für die Anlagen der Kunden sind dann die persönlichen Vermögensverhältnisse, die Anlageerfahrung und die Kenntnisse der Funktionsweise und des Risikos in den einzelnen Finanzinstrumenten. Generell werden sowohl bei der Beratung als auch bei der Vermögensverwaltung in den einzelnen Risikoklassen alle Formen der Investmentanalyse berücksichtigt. Hierbei werden externe Quellen als auch ausschließlich für den eigenen Gebrauch selbst erstellte Analysen für die Entscheidungsfindung herangezogen und die jeweiligen Investments täglich überwacht.

Adressrisiken spielen nach unserer Beurteilung für unsere Gesellschaft unmittelbar und mittelbar nur eine untergeordnete Bedeutung. Wir arbeiten nur mit bonitätsmäßig einwandfreien Adressen zusammen. Unsere liquiden Mittel, soweit es sich nicht um Provisionsforderungen oder Sicherheitshinterlegungen handelt, werden überwiegend bei einem deutschen Kreditinstitut gehalten.

Liquiditätsrisiken sind bei der Gesellschaft begrenzt, da die monatlichen Provisionsforderungen in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf die bei einem deutschen Kreditinstitut geführten Konten eingehen. Zum Aufstellungszeitpunkt des Lageberichts waren alle wesentlichen Forderungen aus Provisionsansprüchen bezahlt.

Bezüglich der Bonitätsrisiken im Sinne von Emittenten-Risiken bei den von uns betreuten Vermögen ist mit gleicher Begründung wie bei den Marktpreisrisiken wiederum nur ein mittelbares Risiko für die vPE WertpapierhandelsBank AG zu sehen. Das Bonitätsrisiko wird dabei im Rahmen der Einzeltitelauswahl auf Basis öffentlich zugänglicher Bonitätseinschätzungen berücksichtigt.

Operationelle Risiken sehen wir für die vPE WertpapierhandelsBank AG insbesondere in der EDV-Sicherheit, bei den Rechtsrisiken und im Personalbereich, wobei dieser Bereich neben den festangestellten Mitarbeitern auch die Finanzvermittler umfasst.

Zur Datenerhaltung und deren Sicherung besteht ein vollumfassendes Konzept. Tägliche, wöchentliche und monatliche Sicherungen garantieren im Störfall die Wiederherstellung in kürzester Zeit. Es besteht ein IT-Service-Vertrag, der bei Bedarf sofortige Hilfe liefert. Sollte dieser ausfallen, besteht ein zweiter Vertrag eines weiteren IT-Service-Anbieters, der dann einspringt. Wir haben ein entsprechendes Notfallkonzept erstellt, das sowohl bei EDV- als auch bei Telekommunikations- und Stromausfällen die fortlaufende Funktionsfähigkeit des Geschäftsbetriebes gewährleistet; auch außerhalb der Büroräume im Falle eines Totalausfalls der Stromversorgung des Stadtteils.

Bei der EDV haben wir in 2013 keine geschäftsbeeinflussenden Störungen/Ausfälle gehabt.

Verbesserungen wurden wie folgt vorgenommen:

Aufgrund der guten Erfahrung mit den virtuellen Servern wurde die virtuelle Infrastruktur schrittweise weiter ausgebaut.

Die Hardware des ESXi Server1 wurde von einem HP DC7900 Desktop PC auf eine leistungsfähigere HP XW 6800 Workstation migriert, der RAM wurde auf 16 GB ausgebaut.

Der leistungsfähigere ESXi Server1 hostet nunmehr auch virtuelle Desktops.

Beide Server wurden von VMware ESXi 5.0 auf VMware ESXi 5.1 migriert.

Für die Betriebssystem- und Office Updates wurde ein Microsoft Open Vertrag mit 2 Jahren Software Assurance abgeschlossen.

Ein Synology NAS RS3412xs+ 12 TerraByte NAS mit RAID 5 für Backups und Archive ermöglicht, ersetzt das defekte Buffalo NAS und ermöglicht eine deutlich schnellere Netzwerk- anbindung. Darüber hinaus ist die RS3412xs+ voll VMware zertifiziert und stellt weitere Funktionen für den geplanten Ausbau der virtuellen Infrastruktur zur Verfügung.

Drei neue PC-Arbeitsplätze wurden angeschafft, diverse Displays wurden erneuert.

Bei der Backupsoftware von Acronis wurde regelmäßig auf die neuesten Builds aktualisiert.

Der Serverraum ist verschlossen, der Zugang ist nur autorisierten Personen möglich.

Die Personalrisiken bei den festangestellten Mitarbeitern beurteilen wir als überschaubar, da einerseits der Vorstand in alle wesentlichen Abläufe unmittelbar einbezogen ist und andererseits die Räumlichkeiten der Gesellschaft eine unmittelbare Überwachung der Mitarbeiter im Tagesgeschäft stützen.

Ein grundsätzliches Rechtsrisiko lässt sich im Hinblick auf die immer wieder offensichtlich einseitig anlegerfreundliche Rechtsprechung bei den von uns angebotenen Finanzdienstleistungen nicht ausschließen, wenn unsere Gesellschaft auch wiederholt bei offensichtlich ungerechtfertigten Klagen von ehemaligen Kunden zuletzt gerichtlich obsiegt hat. Bezüglich endgültiger Urteile, anhängigen Klagen, Klageandrohungen und Revisionsklagen sind wir mit unseren Rückstellungen aus den vorherigen Jahren den Einschätzungen und Beurteilungen des die Gesellschaft vertretenden Rechtsbeistandes gefolgt. Nach der aktuellen Beurteilung unseres Rechtsbeistandes zum 31.12.2013 hat das Management Rückstellungen in Höhe von TEUR 16 gebildet.

Die vPE WertpapierhandelsBank AG sieht sich als Wertpapierhandelsbank bei ihrer Geschäftstätigkeit Marktpreisrisiken, Adressrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken, insbesondere in Form von Betriebsrisiken, Personalrisiken, Rechtsrisiken und Outsourcing-Risiken gegenüber, wobei die operationellen Risiken und hier insbesondere die Personal- und Rechtsrisiken eindeutig überwiegen.

Rückblickend stellen wir fest, dass die Risikolage der vPE WertpapierhandelsBank AG im abgelaufenen Geschäftsjahr normal war und zu keiner Zeit eine Existenzgefährdung zu befürchten war.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das haftende Eigenkapital sowie die Liquidität wurden durch die vPE WertpapierhandelsBank AG zu jeder Zeit übererfüllt.

Die ermittelte Solvabilitätskennziffer lag im Jahresdurchschnitt bei 14,24 %. Die Liquiditätskennziffer lag durchschnittlich bei 20,32 %. Beide Zahlen bestätigen unsere vorangegangene Aussage.

Die wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind Provisionen aus vermittelten Geschäften sowie die vorgehaltene freie Liquidität/Guthaben auf den Geschäftskonten der Bank. Kontokorrentkreditlinien bei Drittbanken wurden bisher nicht beantragt.

4.3. Chancenbericht

Wie bereits unter Ziffer 4.1 erwähnt, sieht die vPE WertpapierhandelsBank AG ihre Chancen in der Erweiterung ihres Produktangebots nach Erhalt der Vollbanklizenz, da die Bank dann ihren Kunden auch mit dem Einlagengeschäft, Depotgeschäft sowie dem Kreditgeschäft noch vollumfassendere Bankdienstleistungen anbieten kann. Gleichwohl wird aber auch gleichzeitig darauf hingewiesen, dass durch die erforderlichen Investitionen in eine EDV, die den Ansprüchen einer Vollbank gerecht wird, zunächst erhebliche Kosten auf die Bank zukommen werden, die das Betriebsergebnis belasten werden.

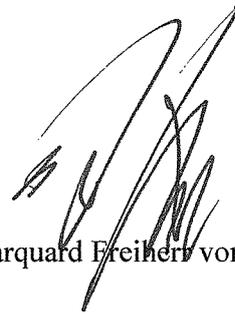
Deshalb rechnen wir damit, dass wir aufgrund der Kosten für die geplante EDV-Einführung 2014 ein negatives Ergebnis erwirtschaften werden.

Alles in allem betrachtet, freuen wir uns aber schon darauf, die neuen Geschäftsfelder zu bearbeiten und durchstarten zu können.

München, den 16. Mai 2014



Lars Lorenz Ewaldsen



Marquard Freiherr von Pfetten-Arnach

vPE WertpapierhandelsBank AG, München

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		70,78	1.531,66
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	472.251,79		393.772,12
b) andere Forderungen	<u>19.117,40</u>		<u>238.331,61</u>
		491.369,19	632.103,73
4. Forderungen an Kunden		928.064,09	333.794,98
9. Treuhandvermögen		2.982.762,05	3.647.973,79
11. Immaterielle Anlagewerte			
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.703,00	7.885,00
12. Sachanlagen		90.170,00	95.362,00
14. Sonstige Vermögensgegenstände		50.177,84	90.079,86
15. Rechnungsabgrenzungsposten		562,80	2.255,00
		<u>4.544.879,75</u>	<u>4.810.986,02</u>

Passiva

	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		95,60	88,90
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig		425.084,70	212.960,37
4. Treuhandverbindlichkeiten		2.982.762,05	3.647.973,79
5. Sonstige Verbindlichkeiten		45.247,87	21.462,84
7. Rückstellungen			
e) andere Rückstellungen		168.143,00	100.835,00
12. Eigenkapital			
a) Gezeichnetes Kapital	767.500,00		767.500,00
b) Kapitalrücklage	337.500,00		337.500,00
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	66.400,76		66.400,76
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	<u>-247.854,23</u>		<u>-343.735,64</u>
		923.546,53	827.665,12
		<u>4.544.879,75</u>	<u>4.810.986,02</u>

vPE WertpapierhandelsBank AG, München

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013 EUR	2013 EUR	Vorjahr EUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	125,66		2.070,48
2. Zinsaufwendungen	0,00		-29,20
		125,66	2.041,28
5. Provisionserträge	8.060.523,25		6.821.536,00
6. Provisionsaufwendungen	-6.273.853,04		-5.256.429,84
		1.786.670,21	1.565.106,16
8. Sonstige betriebliche Erträge		70.904,21	183.960,85
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	-741.971,45		-672.636,39
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter für Altersversorgung: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	-31.087,04		-41.568,09
	-773.058,49		-714.204,48
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-798.132,05		-906.174,71
		-1.571.190,54	-1.620.379,19
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sach- anlagen		-30.129,63	-47.498,68
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-159.037,50	-170.382,14
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		97.342,41	-87.151,72
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-1.461,00	0,00
27. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		95.881,41	-87.151,72
28. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr		-343.735,64	-256.583,92
34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)		-247.854,23	-343.735,64

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

I Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zur Offenlegung

Die vPE WertpapierhandelsBank AG, München, hat als Wertpapierhandelsbank und Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 3d Satz 3 KWG auf ihren Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 grundsätzlich die Vorschriften des HGBs für große Kapitalgesellschaften anzuwenden. Nach §§ 340I Abs. 4 i.V.m. 325 Abs. 1 HGB besteht für die Gesellschaft die Verpflichtung, den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Bericht des Aufsichtsrates und den Bestätigungsvermerk beim elektronischen Bundesanzeiger einzureichen.

II Bilanzierung und Bewertung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der allgemeinen und besonderen Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften und unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute, unter Beachtung der Bestimmungen des Aktiengesetzes sowie der spezifischen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind in Übereinstimmung mit § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB waren nicht erforderlich.

Die immateriellen Anlagewerte wurden nach § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit den Anschaffungskosten bewertet und gemäß § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB linear über vier bzw. fünf Jahre abgeschrieben (Fortgeführte Anschaffungskosten). Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB waren nicht erforderlich.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, im Sinne § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 HGB angesetzt. Die Anlagenzugänge werden unter Berücksichtigung der geschätzten Nutzungsdauer vorwiegend linear abgeschrieben. Die Zugänge der geringwertigen Wirtschaftsgüter bis Netto EUR 410,00 wurden im Zugangsjahr 2013 gemäß § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe als Betriebsausgabe abgezogen. Bei geringwertigen Wirtschaftsgütern i.S.d. § 6 Abs. 2a EStG wurde in den Vorjahren ein Sammelposten gebildet. Die Auflösung des Sammelpostens erfolgte im Anschaffungsjahr sowie in den folgenden vier Jahren mit jeweils einem Fünftel. Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB waren nicht erforderlich.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Kunden sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Bewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung erfolgte gemäß § 256a HGB mit dem von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Devisenkursen per 31. Dezember 2013.

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten			Abschreibungen EUR	Buchwert	Buchwert	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR
	01.01.2013 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR	
I. Imaterielle Anlagewerte							
Ähnliche Rechte und Werte	80.696,00			80.696,00	0,00	5.475,00	5.475,00
Software	3.833,73			2.130,73	1.703,00	2.410,00	707,00
	<u>84.529,73</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>82.826,73</u>	<u>1.703,00</u>	<u>7.885,00</u>	<u>6.182,00</u>
II. Sachanlagen							
Bauten auf fremden							
Büroeinrichtung	94.110,19	7.390,08		33.505,27	67.995,00	68.914,50	8.309,58
Hardware	77.787,65	7.930,00		72.830,65	12.887,00	12.350,50	7.393,50
GWG	0,00	1.475,05		1.475,05	0,00	0,00	1.475,05
GWG Sammelposten	29.429,84			26.532,84	2.897,00	8.050,00	5.153,00
Bauten auf fremden							
Grundstück	12.669,54			9.218,54	3.451,00	4.404,00	953,00
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.622,07	1.960,50		1.642,57	2.940,00	1.643,00	663,50
	<u>216.619,29</u>	<u>18.755,63</u>	<u>0,00</u>	<u>145.204,92</u>	<u>90.170,00</u>	<u>95.362,00</u>	<u>23.947,63</u>
	<u>301.149,02</u>	<u>18.755,63</u>	<u>0,00</u>	<u>228.031,65</u>	<u>91.873,00</u>	<u>103.247,00</u>	<u>30.129,63</u>

Bei dem **Treuhandvermögen** handelt es sich um Treuhandforderungen sowie um Treuhandverbindlichkeiten aus Finanzkommissionsgeschäften.

Die Treuhandforderungen gliedern sich wie folgt auf:

Forderungen an Kreditinstitute (täglich fällig)	EUR	1.434.469,85
<u>Forderungen an Kunden</u>	EUR	<u>1.548.292,20</u>
Summe	EUR	2.982.762,05

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind mit den Nominalwerten von EUR 50.177,84 angesetzt und bestehen im Wesentlichen aus:

Geleistete Anzahlungen	EUR	3.204,33
Mietkautionen	EUR	24.064,91
Körperschaftsteuerforderung	EUR	29,07
Körperschaftsteuerguthaben § 37 KStG	EUR	11.590,33
<u>Umsatzsteuer laufendes Jahr</u>	EUR	<u>11.289,20</u>
Summe	EUR	50.177,84

Die **Treuhandverbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt auf:

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR	2.982.762,05
------------------------------------	-----	--------------

Steuerrückstellungen wurden nicht gebildet.

Die **anderen Rückstellungen** erfassen alle ungewissen Verpflichtungen, die zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung erkennbar waren. Diese entwickelten sich wie folgt:

	Stand zum 01.01.2013 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand zum 31.12.2013 EUR
Ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	8.000,00	8.000,00
Prozesskosten	45.000,00	43.140,00	1.860,00	16.100,00	16.100,00
Tantieme	0,00	0,00	0,00	34.338,00	34.338,00
Jahresabschlussprüfung	33.000,00	33.000,00	0,00	40.500,00	40.500,00
Jahresabschlusskosten	9.335,00	9.335,00	0,00	13.305,00	13.305,00
Innenrevision	13.500,00	13.500,00	0,00	55.900,00	55.900,00
	<u>100.835,00</u>	<u>98.975,00</u>	<u>1.860,00</u>	<u>168.143,00</u>	<u>168.143,00</u>

III Sonstige Angaben zum Jahresabschluss

Die Fristengliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß § 9 RechKredV stellt sich wie folgt dar:

	Andere Forde- rungen an Kre- ditinstitute EUR	Forderungen an Kunden EUR	Verbindlichkeiten gegenüber Kre- ditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist EUR	Andere Verbind- lichkeiten ge- genüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist EUR
Bis drei Monate	19.117,40	744.103,73	0,00	0,00
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00
Unbestimmte Laufzeit		183.960,36		

Sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten sind unbesichert.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zum 31. Dezember 2013 nominal EUR 767.500,00; eingeteilt in 767.500 Stückaktien ohne Nennbetrag.

Der Vorstand war durch Beschluss der Hauptversammlung vom 08. Dezember 2008 ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 30. November 2013 gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmal oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 365.000,00 zu erhöhen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden kann (genehmigtes Kapital). Unter Berücksichtigung durchgeführter Kapitalerhöhungen in den Jahren 2008 und 2009 ist die Ermächtigung zur weiteren Kapitalerhöhung zum 30. November 2013 ausgelaufen.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden in Höhe von EUR 1.955.489,45 auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände (davon Treuhandforderungen in Höhe von EUR 1.584.315,38) sowie in Höhe von EUR 1.588.696,08 auf Fremdwährung lautende Schulden (davon Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von EUR 1.584.315,38).

Eventualverbindlichkeiten ist die Gesellschaft nicht eingegangen.

Nach § 2 Abs. 10 KWG waren unter der Haftung der Gesellschaft zum 31. Dezember 2013 40 (Vorjahr: 37) Vermittler tätig und bei der BaFin gemeldet. Dies sind 3 (Vorjahr: 10) Haftungsnehmer mehr als zum 31. Dezember 2012.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB aus Mietverträgen für Büro- und Lagerräume (München und Berlin) in Höhe von EUR 293.322,00 und mit einer Restlaufzeit von 17 bzw. 28 Monaten.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 95.881,41. Im Vorjahr 2012 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 87.151,72 ausgewiesen.

Es ergibt sich unter Berücksichtigung eines Verlustvortrags in Höhe von EUR 343.735,64 ein Bilanzverlust von EUR 247.854,23.

Die Gliederung der Erträge nach Ländern gemäß § 34 Abs. 2 RechKredV stellt sich wie folgt dar:

	Deutschland	
	2013 TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge	0	2
Provisionserträge	8.060	6.822
Sonstige betriebliche Erträge	71	184
	<u>8.131</u>	<u>7.008</u>

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf EUR 70.904,21, davon aus Währungsumrechnung EUR 11.420,35 (im Vorjahr EUR 183.960,85, davon aus Währungsumrechnung EUR 14.345,36).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf EUR 159.037,50, davon aus Währungsumrechnung EUR 18.152,16 (im Vorjahr EUR 170.382,14, davon aus Währungsumrechnung EUR 11.427,15). Im Berichtsjahr werden die sonstigen betrieblichen Aufwendungen neben den Währungsumrechnungsdifferenzen im Wesentlichen durch Prozesskosten (EUR 52.251,73) und Zuführung zu den Einzelwertberichtigungen (EUR 21.682,81) bestimmt.

Der auf das Geschäftsjahr 2013 entfallende Aufwand für die durch den Abschlussprüfer erbrachten Leistungen beträgt insgesamt EUR (netto) 82.724,16.

Diese gliedern sich wie folgt:

a)	Abschlussprüfungsleistungen	EUR 44.177,64
	davon für das Vorjahr EUR 3.677,64	
b)	Andere Bestätigungsleistungen	EUR 38.546,52
	davon für das Vorjahr EUR 2.142,92	

IV Mitarbeiter

Im Jahr 2013 wurden durchschnittlich 5 Mitarbeiter (ohne Vorstand) beschäftigt.

V Organe

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören folgende Mitglieder an:

Herr Jörg Sklebitz, Rechtsanwalt (Vorsitzender)
Herr Markus W. Wenner, Rechtsanwalt
Herr Claus F. Vogt, Wirtschaftsprüfer

Herr Jörg Sklebitz erhielt 2013 EUR 5.000 Aufsichtsratsvergütung.
Herr Markus W. Wenner erhielt 2013 EUR 4.000 Aufsichtsratsvergütung.
Herr Claus F. Vogt erhielt 2013 EUR 5.000 Aufsichtsratsvergütung.

Dem Vorstand gehören folgende Mitglieder an:

Herr Marquard Freiherr v. Pfetten-Arnach, Vorstand Markt Bereich
Herr Lars Lorenz Ewaldsen, Vorstand Marktfolge Bereich

Auf die Angabe der Organbezüge wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

VI Beteiligungen

Zum 31. Dezember 2013 besitzt die Gesellschaft keine Beteiligungen.

München, 16. Mai 2014

vPE WertpapierhandelsBank AG



Lars Lorenz Ewaldsen



Marquard Freiherr v. Pfetten-Arnach

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der vPE WertpapierhandelsBank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der vPE WertpapierhandelsBank AG, München, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 16. Mai 2014

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Knop)

Wirtschaftsprüfer

(Greißl)

Wirtschaftsprüfer



vPE WertpapierhandelsBank AG

**Offenlegungsbericht gemäß § 26a Kreditwesengesetz (KWG) i.V.m.
§§ 319 ff. Solvabilitätsverordnung (SolvV)
für das Jahr 2013**

Einleitung

Mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholdinggruppen (Solvabilitätsverordnung - SolvV) werden die in der Bankenrichtlinie und der Kapitaladäquanzrichtlinie (2006/49/EG) vorgegebenen europäischen Mindesteigenkapitalstandards beziehungsweise die entsprechenden äquivalenten Vorgaben der Baseler Eigenmittelempfehlung („Basel II“) in nationales Recht umgesetzt. Das Grundkonzept von Basel II besteht aus drei sich gegenseitig ergänzenden Säulen, um die Stabilität des nationalen und des internationalen Bankensystems besser abzusichern. In Deutschland wurden die erweiterten Offenlegungsanforderungen der Säule 3 in Teil 5 der Solvabilitätsverordnung (§§ 319 ff.) und in dem neuen § 26a KWG normiert. Der vorliegende Bericht enthält die nach der Solvabilitätsverordnung erforderlichen Angaben, die nicht bereits im Lagebericht und Jahresabschluss der vPE WertpapierhandelsBank AG im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wurden.

Die nachfolgenden Paragraphenangaben beziehen sich auf die Solvabilitätsverordnung.

1. Risikomanagementbeschreibung in Bezug auf einzelne Risiken (§ 322)

Das Risikomanagement der vPE WertpapierhandelsBank AG ist in dem im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 (auf S. 13 ff.) beschrieben.

2. Angaben zum Anwendungsbereich der SolvV (§ 323)

Die Vorschriften der Solvabilitätsverordnung sind nur auf die vPE WertpapierhandelsBank AG anzuwenden. Eine Instituts- oder Finanzholdinggruppe im Sinne von § 10a KWG besteht nicht.

3. Eigenmittelstruktur (§ 324)

3.1. Qualitative Angaben

Als Eigenmittel gilt bei der vPE WertpapierhandelsBank AG für Solvenzzwecke das modifizierte verfügbare Eigenkapital, das aus dem Kernkapital besteht.

Das Kernkapital besteht aus eingezahltem Grundkapital zuzüglich Kapital- und sonstigen anrechenbaren Rücklagen. Als sonstige Abzugspositionen vom Kernkapital sind gemäß § 10 Absatz 2a S. 2 Nr. 2 KWG immaterielle Vermögensgegenstände und Verlustvorträge zu berücksichtigen. Drittrangmittel sind nicht vorhanden.

3.2. Quantitative Angaben

EK – Bestandteile	In Tausend €
Gesamtbetrag Kernkapital	1.171
- eingezahltes Kapital	768
- Kapitalrücklage	337
- Gewinnrücklagen	66
(-) Sonstige Abzugspostitionen vom Kernkapital	351
(-) immaterielle Vermögensgegenstände	8
(-) Verlustvortrag	343
Gesamtbetrag modifiziertes verfügbares Eigenkapital	820

4. Eigenmittelausstattung (§ 325)

4.1. Quantitative Angaben

Zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals für aktuelle und künftige Aktivitäten erstellt die vPE Wertpapierhandelsbank AG Risikotragfähigkeitsberechnungen gemäß AT 4.1 der MaRisk. Aus dem Risikodeckungspotenzial wird die Risikodeckungsmasse abgeleitet. Die Risikodeckungsmasse stellt auf die vorhandenen Eigenmittel nach der Solvabilitätsverordnung ab und umfasst das Kernkapital. Dabei werden aus der Eigenmittelausstattung allen wesentlichen Risiken Risikodeckungsmassen zugerechnet und aus den mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken Limite fixiert. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird danach beurteilt, ob die mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen bewerteten Risiken sich innerhalb der so abgeleiteten Limite bewegen.

Anhand der Ergebnisse können die Risiken zielgerichtet gesteuert und - zum Beispiel durch Veränderung bestehender Limite oder operativer Maßnahmen - begrenzt werden, um Art und Umfang der Risiken aus aktuellen und künftigen Aktivitäten stets in einem angemessenen Verhältnis zu Kapital und Liquidität des Unternehmens zu halten.

Die vPE WertpapierhandelsBank AG stellt durch geeignete organisatorische Regelungen sicher, dass sowohl die internen Eigenkapital- als auch die Eigenmittelanforderungen nach § 2 SolvV für die verschiedenen aufsichtsrechtlichen Risikokategorien (Adressenausfallrisiko, Marktrisikopositionen und operationelle Risiken) eingehalten werden.

4.2. Quantitative Angaben

Nachfolgend wird die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegung, getrennt nach Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken sowie operationellen Risiken, dargestellt, wobei die Eigenkapitalunterlegung die jeweils mit 8% multiplizierte Summe der anzurechnenden Risikopositionen darstellt. Die Gesamtsumme der Eigenmittelanforderungen beträgt zum 31. Dezember 2013 insgesamt 499 T€ und verteilt sich auf die einzelnen Risikoarten wie folgt:

4.2.1. Adressenausfallrisiken: Eigenkapitalunterlegung

Die Eigenmittelanforderungen für die werden nach dem Kreditrisiko- Standardansatz (KSA) ermittelt und sind gegliedert nach den verschiedenen Forderungsklassen in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

KSA (ohne Verbriefungen)	Eigenkapitalforderungen in T€
Zentralregierungen	
Regionalregierungen und örtlicher Gebietskörperschaften sonstige	
öffentliche Stellen	
multilaterale Entwicklungsbanken	
internationale Organisationen	
Institute	8
Unternehmen	74
Mengengeschäft durch Immobilien gesicherte Positionen überfälliger	
Positionen	
Beteiligungen	
von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	
Investmentanteile	
Sonstige Positionen	10
Gesamtanrechnungsbetrag	92

4.2.2. Adressenausfallrisiken: Offenlegung bei KSA-Forderungsklassen, § 328

Die vPE WertpapierhandelsBank AG ermittelt das KSA-Risikogewicht für die bonitätsbeurteilungsbezogenen Forderungskategorien Staaten, Banken und Unternehmen anhand der Standardvorgaben der Solvabilitätsverordnung (insbes. §§ 27 und 38 SolvV).

Die nachfolgende Übersicht enthält die jeweilige Summe der Positionswerte, die einem festen aufsichtlich vorgegebenen Risikogewicht zugeordnet ist, vor Risikogewichtung. Die Darstellung der Positionswerte nach § 48 SolvV erfolgt vor und nach Einbeziehung von Kreditrisikominderungseffekten aus Sicherheiten:

Risikogewicht in %	KSA – vor Kreditrisiko- minderung KSA in T€	Nach Kreditrisiko- minderung in T€
0	23	23
10		
20	491	491
35		
50		
75		
100	1.048	1.048
150		
200		
Gesamt	1.562	1.562

Die vPE WertpapierhandelsBank AG macht derzeit keinen Gebrauch von Kreditrisikominderungstechniken (Aufrechnungsvereinbarungen, Kreditsicherheiten, Nutzung von Kreditderivaten etc.). Daher existiert hierzu weder eine Strategie noch ein Verfahren.

4.2.3. Offenlegungsanforderungen zum Marktpreisrisiko, § 330

Die nachstehende Tabelle zeigt die Eigenmittelunterlegung für die Marktpreisrisikopositionen. Zur Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung nutzt die vPE WertpapierhandelsBank AG die Standardmethode.

Währungsrisiken	157
Rohwarenrisiken	
Zinsrisiken (Handelsbuch)	
Aktienrisiken (Handelsbuch)	
Gesamt	157

4.2.4. Offenlegungsanforderungen zum operationellen Risiko, § 331

Die vPE WertpapierhandelsBank AG verwendet zur Bestimmung des aufsichtsrechtlichen Anrechnungsbetrags den Basisindikatoransatz gem. §§ 269 Abs. 2 SolvV. Der ermittelte Anrechnungsbetrag am 31. Dezember 2013 betrug 250 T€.

4.3. Gesamtkennziffer

In der Summe der unter 4.2 für die einzelnen Risikoarten ermittelten Anrechnungsbeträge ergibt sich eine Eigenkapitalunterlegung zum 31. Dezember 2013 von insgesamt 499 T€. Bei Eigenmitteln von insgesamt 820 T€ liegt die Gesamtkennziffer bei 13,13 % und damit deutlich über den aufsichtsrechtlich mindestens geforderten 8% Eigenkapitalunterlegung.

5. Derivate Adressenausfallrisikopositionen und Aufrechnungspositionen (§ 326)

Es bestehen zum 31. Dezember 2013 keine Derivate-Positionen oder Aufrechnungspositionen. Kontrahenten- und Emittentenrisiken wurden daher in diesem Zusammenhang nicht mit Eigenmitteln unterlegt.

6. Adressenausfallrisiko: Allgemeine Ausweispflichten (§ 327)

6.1. Qualitative Angaben

Die vPE WertpapierhandelsBank AG verfügt über keine Erlaubnis für das gewerbliche Kreditgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 KWG und betreibt daher kein klassisches Kundenkreditgeschäft mit Adressenausfallrisiken im Sinne von § 19 Abs. 1 KWG.

Die Struktur der Kredite im Sinne von § 19 KWG wird durch die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden geprägt.

Insoweit bestehen besondere Vorkehrungen zur Überwachung der Groß- und Millionenkredite gem. §§ 13, 14 KWG. Die Großkreditgesamtobergrenze gem. § 13 Abs. 3 Satz 5 KWG a.F. beträgt für die vPE WertpapierhandelsBank AG zum 31. Dezember 2013 6.558 T€ und die Großkrediteinzelobergrenze nach § 13 Abs. 3 Satz 1 KWG 205 T€. Eine Gliederung nach Größenklassen wird von VPE nicht vorgehalten.

Im Zusammenhang mit den in der Finanzbuchhaltung ausgewiesenen Forderungen gegenüber Kunden gelten solche als „in Verzug“ befindlichen, deren Bedienung nicht zu den vertraglichen Fälligkeiten erfolgt. Als „notleidend“ werden solche Forderungen behandelt, bei denen die zu Grunde liegende Vertragsbeziehung bereits gekündigt oder aber der Schuldner so im Verzug ist, dass die Möglichkeit der Vertragskündigung besteht.

Einzelwertberichtigungen oder Abschreibungen werden für alle aktiven Verträge gebildet, die aufgrund des Zahlungsverhaltens auffällig geworden sind, also für „ausgefallene“ im Sinne von § 125 SolvV, „in Verzug“ geratene oder „notleidende“ Verträge.

6.2. Quantitative Angaben

6.2.1. Kreditvolumen

Das Bruttokreditvolumen nach § 19 Abs. 1 KWG setzt sich wie folgt zusammen:

	zum 31.12.2013 in T€
Forderungen	
- an Kreditinstitute	491
- an Kunden	928
Sonstige Vermögensgegenstände mit Adressenausfallrisiko	50

6.2.2. Struktur des Kreditgeschäfts

Das Kreditgeschäft verteilt sich zum Bilanzstichtag wie folgt auf Kreditnehmer mit Sitz im In- und Ausland:

	zum 31.12.2013 in T€
Forderungen an Kreditinstitute	
- Inland	483
- Ausland	8
Forderungen an Kunden	
- Inland	81
- Ausland	847
Sonstige Vermögensgegenstände mit Adressenausfallrisiko	
- Inland	50

Kredite im Sinne von § 19 Abs. 1 KWG werden bislang nur für Meldezwecke in Risikogruppen eingeteilt.

Besondere Länderrisiken bestehen im Regelfall nicht. In Einzelfällen können Provisionsansprüche aus Vermittlungsleistungen an Kreditinstitute und Kunden mit Sitz im Ausland entstehen, die jedoch aufgrund der betroffenen Länder keiner besonderen Überwachung bedürfen.

Von den Forderungen an Kunden haben TEUR 744 eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

Von den Forderungen an Kreditinstituten haben TEUR 19 eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

Im Übrigen sind die Forderungen täglich fällig.

7. Offenlegungsanforderungen für Beteiligungen im Anlagebuch, § 332

Die vPE WertpapierhandelsBank AG hält keine Beteiligungen im Anlagebuch.

8. Offenlegung des Zinsänderungsrisikos im Anlagebuch, § 333

Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch bestehen bei der vPE WertpapierhandelsBank AG nicht.

9. Offenlegungsanforderungen bei Verbriefungen, § 334

Die vPE WertpapierhandelsBank AG hat keine Verbriefungspositionen im Bestand.

10. Instrumente zur Verlagerung operationeller Risiken, § 337

Die vPE WertpapierhandelsBank AG verwendet keinen fortgeschrittenen Messansatz, so dass diese Anforderung nicht relevant ist.

11. Vergütungssystem der Gesellschaft

11.1 Ausgestaltung

Das Vergütungssystem der Gesellschaft besteht aus Mitarbeiter mit Festgehalt, Mitarbeiter mit Festgehalt und Umsatzbeteiligung bei der Anlage- / Abschlussvermittlung und Vorstand mit Festgehalt und Tantieme.

11.2 Gesamtbetrag aller Vergütungen

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 742 T€ an die 5 Mitarbeiter und 2 Vorstände der Gesellschaft bezahlt. Davon betrug der variable Anteile von 2 Mitarbeitern 32 T€ und 2 Vorständen 34T€ .

München, Juni 2014

Der Vorstand